

Umweltausschuss

Protokoll Nr. UA/03/2020

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Umweltausschusses
am 11.03.2020,**

Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samus-Sch-Str. 9, Saal

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:25 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Christian Schmidt

Stadtverordnete

Herr Oliver Böge
Herr Rolf Griesenberg
Herr Volkmar Kleinschmidt
Frau Cordelia Koenig
Herr Detlef Levenhagen
Herr Jochen Proske
Frau Karen Schmick

Bürgerliche Mitglieder

Herr Gerhard Bartel
Herr Oliver Böge
Herr Klaus Goldbeck
Frau Michaela Knaack
Herr Jan Jasper Lauert
Frau Sibylle von Rauchhaupt

Sonstige, Gäste

Herr Rolf de Vries
Herr Christian Krause-Hassenstein
Frau Jule Niehus

Naturschutzbeauftragter
Seniorenbeirat
Kinder- und Jugendbeirat

Verwaltung

Herr Peter Kania
Frau Annette Kirchgeorg
Herr Jan Richter
Herr Konstantin Niewelt
Frau Jule Lehmann
Frau Julia Brötzmann

bis 20:40 Uhr
bis 20:20 Uhr
Protokollführerin

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Verpflichtung eines Bürgerlichen Mitgliedes
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. UA/02/2020 vom 12.02.2020
7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
- k e i n e -
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Verabschiedung und Ehrung Fachdienstleiterin Fachdienst IV.5 Grünflächen und Klimaschutz
 - 7.2.2. Bericht zur Moorwanderwegbrücke
 - 7.2.3. Frühjahrsputz in Ahrensburg 2020
 - 7.2.4. Pflanzkübel in der Klaus-Groth-Straße
 - 7.2.5. Errichten eines öffentlichen WCs in der Großen Straße – Aktueller Stand
 - 7.2.6. Logo für den Klimaschutz Ahrensburg
 - 7.2.7. Stellungnahme zur Gründung eines Umweltbeirates für das Müllheizkraftwerk Stapelfeld
8. Freigabe der Haushaltsmittel zur Planung von Mobilitätsstationen **2020/025**
9. Bebauungsplan Nr. 54 - 2. Änderung, für den nördlichen Teil des Bebauungsplans Nr. 54, südlich der Ladestraße und nördlich der Bogenstraße auf Höhe der Wendeschleife in einer Länge von ca. 130 m (Flurstücke 240, 241, 59 und 58, Flur 17, Gemarkung Ahrensburg)
- Aufstellungsbeschluss **2020/018**

- | | | |
|-------|---|--------------------|
| 10. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Pestizidfreie Kommune" - vgl. Beratung zu AN/033/2015 | AN/021/2020 |
| 11. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Umsetzung des FFH Managementplans" | AN/022/2020 |
| 12. | Anfragen, Anregungen, Hinweise | |
| 12.1. | Vortrag zum Thema „Klimakatastrophen“ am 24.03.2020 um 19:30 Uhr im Peter-Rantzau-Haus | |
| 12.2. | Abgeholzte Bäume am Ostring | |
| 12.3. | Wanderweg zwischen U-Bahn Ost und West | |

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Verpflichtung eines Bürgerlichen Mitgliedes

Frau Michaela Knaack wird als neues Bürgerliches Mitglied des Umweltausschusses begrüßt. Der Vorsitzende verpflichtet sie durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.

3. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Umweltausschusses ist gegeben. Die Einladung zur Sitzung erfolgte form- und fristgerecht.

4. Einwohnerfragestunde

Herr **Jan Furken** ergreift das Wort und trägt den als **Anlage** beigefügten Bericht betreffend der Gründung eines Umweltbeirates für das Müllheizkraftwerk Stapelfeld vor.

Er schließt mit der Frage, ob der Umweltausschuss der Stadt Ahrensburg beim Umweltausschuss des Kreises Stormarn und/oder EEW zur Wahrung Ahrensburger Interessen vorstellig werden wird, um den Wunsch zur Mitarbeit in diesem Beirat vorzutragen.

Die Verwaltung teilt mit, dass dieses Thema im Umweltausschuss zu beraten ist, die Gründung des Umweltbeirates jedoch erst nach Veröffentlichung der Einladung zu dieser Sitzung erfolgte und somit nicht mehr auf die Tagesordnung gesetzt werden konnte.

Der Vorsitzende spricht zudem an, dass er mit dem Vorsitzenden des Umweltausschusses des Kreises in Verbindung stehe.

Die Verwaltung wie auch der Ausschussvorsitzende verweisen weiterhin auf eine noch folgende Stellungnahme innerhalb des Tagesordnungspunktes: Sonstige Berichte/Mitteilungen (TOP 7.2.7).

5. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Einladung zur heutigen Sitzung und erfragt bei den anwesenden Ausschussmitgliedern, ob Änderungswünsche oder aber Notwendigkeiten für eine Änderung bestehen.

Dies ist seitens der Ausschussmitglieder nicht der Fall.

Folgend wird zunächst über den nicht öffentlichen Teil der Sitzung abgestimmt:

**Abstimmungsergebnis: 9 dafür (4 CDU, 1 LINKE, 3 GRÜNE, 1 WAB)
2 dagegen (1 SPD, 1 FDP)
2 Enthaltungen (2 SPD)**

Anschließend lässt der Vorsitzende über den öffentlichen Teil der Sitzung abstimmen:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. UA/02/2020 vom 12.02.2020

Seitens der Mitglieder des Umweltausschusses bestehen keine Einwände. Das Protokoll gilt damit als genehmigt.

7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

— *k e i n e* —

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Verabschiedung und Ehrung Fachdienstleiterin Fachdienst IV.5 Grünflächen und Klimaschutz

Der Umweltausschuss dankt der Fachdienstleiterin des Fachdienstes IV.5 - Grünflächen und Umweltschutz - Frau Kirchgeorg für Ihre langjährige und hervorragende Arbeit und überreicht im Zuge dessen ein Präsent.

Alle Ausschussmitglieder betonen die gute Zusammenarbeit mit Frau Kirchgeorg und hoffen, diese in Zukunft baldmöglichst mit der/dem Nachfolger*in weiterzuführen.

7.2.2. Bericht zur Moorwanderwegbrücke

Die Verwaltung führt aus, dass sich das Projekt Moorwanderwegbrücke seinem Ende zuneige. Der neue Lehrpfad mit neun verschiedenen Informationstafeln bzgl. dem Ahrensburger Naturschutzgebiet Stellmoor - Ahrensburger Tunneltal würde am 18.03.2020 um 15:00 Uhr feierlich eröffnet werden.

7.2.3. Frühjahrsputz in Ahrensburg 2020

Die Verwaltung führt aus, dass auch im Jahr 2020 mit Unterstützung der Gemeinden und Städte Schleswig-Holsteins die landesweite Aktion „Unser sauberes Schleswig-Holstein“ durchgeführt werden soll.

Mit dieser Aktion wird vor allem die gemeinsame Verantwortung für die Umwelt gefördert. Alle Einwohnerinnen und Einwohner in Schleswig-Holstein sind daher aufgerufen, sich an der Müllsammlung zu beteiligen, damit die Landschaft von Schmutz und Umweltsünden befreit wird.

Im Zuge dessen finden diverse Müllsammelaktionen in Ahrensburg statt. Am 14. März würde demnach die DLRG, am 21. März die Interessenvertretung Ahrensburger Kamp sowie am 29. März die "Gartenhölzer" und die Ahrensburger "Grünen" zum Müllsammeln einladen.

Wie jedes Jahr stelle der städtische Bauhof Müllsäcke und Handschuhe zur Verfügung und hole die gefüllten Müllsäcke ab. Anmeldungen zum Frühjahrsputz nehme Frau Thies vom städtischen Bauhof bis einschließlich 21.03.2020 entgegen.

7.2.4. Pflanzkübel in der Klaus-Groth-Straße

Die Verwaltung teilt mit, dass die im Umweltausschuss UA/05/2019 vom 12.06.2019 beschlossenen Pflanzkübel in der Klaus-Groth-Straße vor Ostern aufgestellt werden.

7.2.5. Errichten eines öffentlichen WCs in der Großen Straße – Aktueller Stand

Zum Bau der öffentlichen WC-Anlage sind mit Vorlage Nr. 2018/074 im Umweltausschuss am 12.09.2018 die Grundzüge sowie der Standort vorgestellt bzw. festgelegt worden.

Die Verwaltung teilt dazu mit, dass die WC-Anlage sich derzeit in der Produktion befindet und Ende Juni in Betrieb genommen werden soll.

7.2.6. Logo für den Klimaschutz Ahrensburg

Die Verwaltung stellt die als **Anlage** beigefügte Präsentation vor und bittet um Kenntnisnahme des neuen Logos für den Klimaschutz Ahrensburg.

7.2.7. Stellungnahme zur Gründung eines Umweltbeirates für das Müllheizkraftwerk Stapelfeld

Die Verwaltung stellt den als **Anlage** beigefügten Bericht „Gründung eines Umweltbeirates für das Müllheizkraftwerk (MHKW) Stapelfeld“ vor und bezieht sich auf das schon unter TOP 4 angesprochene Thema.

Seitens der Ausschussmitglieder bestehen Bedenken, da ein solcher Beirat einen geschlossenen Raum darstelle. Es sei zu befürchten, dass die Öffentlichkeit nicht ausreichend über den Betrieb des MHKW informiert werde. Es solle daher gefordert werden, dass die gesamte Öffentlichkeit durch die EEW selber transparent informiert werden muss, was schon im Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) festgelegt ist.

Des Weiteren wurde festgestellt, dass dieser Umweltbeirat einen „privaten Charakter“ hat, der von der EEW initiiert wurde. Die Einrichtung dieses Umweltbeirates darf nicht dazu führen, dass die EEW ihre Informationspflicht an dieses Gremium delegiert.

Der Umweltausschuss ist sich darüber einig, dass bis zur nächsten Sitzung am 13.05.2020 von der Verwaltung festgestellt werden solle, welche Informationspflichten seitens des Landesamtes für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) bestehen. Dies sei dementsprechend als Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung zu vorgenannter Sitzung zu nehmen.

8. Freigabe der Haushaltsmittel zur Planung von Mobilitätsstationen

Die Verwaltung führt aus, dass im Jahr 2020 ein Konzept zur Einbindung verschiedener, klimafreundlicher Mobilitätsträger durch „Mobilitätsstationen“ im Stadtgebiet erstellt werden soll. Dazu sind die Mittel aus dem Produktsachkonto (PSK) 56110.09000002 - Projekt 810 - in Höhe von 50.000 € notwendig.

Es soll mit diesem Konzept festgestellt werden, an welchen Orten eine solche Mobilitätsstation sinnvoll ist (zum Beispiel am Bahnhof). Gegen Ende des Jahres werde zudem geplant, die erste Mobilitätsstation in Betrieb zu nehmen.

An den Stationen soll die Möglichkeit gegeben sein, Fahrräder oder Lastenräder zu mieten und eventuell auch E-Carsharing-Angebote zu nutzen. Auch das eigene Fahrrad kann dort abgestellt werden, um auf den ÖPNV umzusteigen.

Ein Ausschussmitglied meint, dass es sinnvoll sei abzuwarten, bis das Konzept des Projektes „IOKI“ vorliege, mit welchem in etwa zwei bis drei Monaten zu rechnen wäre. Da „IOKI“ als Ergänzung zum ÖPNV angedacht sei, wären die Mobilitätsstationen als zweites Projekt parallel dazu nicht sinnvoll.

Die Verwaltung gibt Auskunft, dass es sich um zwei unterschiedliche Projekte bzw. Konzepte handle und diese völlig unabhängig voneinander zu behandeln sind. Zu vergleichen sind die Mobilitätsstationen mit dem Fahrradverleihsystem „NextBike“, welches erfolgreich in der Stadt Norderstedt eingesetzt werde. Zudem sei das Konzept zunächst nur dazu da, um mögliche Standorte festzustellen. Die Inbetriebnahme des ersten Standortes in diesem Jahr sei zwar gewünscht, jedoch keine Notwendigkeit.

Über vorliegenden Beschlussvorschlag wird anschließend wie folgt abgestimmt:

**Abstimmungsergebnis: 12 dafür (3 SPD, 1 FDP, 4 CDU, 1 LINKE,
3 GRÜNE)
0 dagegen
1 Enthaltung (1 WAB)**

Der Beschluss wird somit gefasst.

**9. Bebauungsplan Nr. 54 - 2. Änderung, für den nördlichen Teil des Bebauungsplans Nr. 54, südlich der Ladestraße und nördlich der Bogenstraße auf Höhe der Wendeschleife in einer Länge von ca. 130 m (Flurstücke 240, 241, 59 und 58, Flur 17, Gemarkung Ahrensburg)
- Aufstellungsbeschluss**

Die Verwaltung stellt die als **Anlage** beigefügte Präsentation vor und erläutert zudem, dass der Eigentümer des Grundstückes nicht die Stadt Ahrensburg, sondern die Frank Heimbau Nord GmbH ist. Der Stadt selbst gehöre nur der Wendekreis (Flurstück 59) sowie ein Teil Parkplatzfläche (Flurstück 58).

Es wird weiter ausgeführt, dass ohne die Änderung des B-Plans Nr. 54 und die damit einhergehende Ausweisung als urbanes Gebiet keine Wohnbebauung durch die Frank Heimbau Nord GmbH möglich ist. Von Seiten des Eigentümers sollen ca. 65 Wohneinheiten gebaut werden, wovon etwa 30 % öffentlich gefördert hergestellt werden.

Ein Ausschussmitglied fragt an, ob es möglich sei, den Prozentsatz von 30 % sozial gefördertem Wohnraum zu erhöhen. Sollte die Möglichkeit einer Erhöhung des Prozentsatzes bestehen, solle die Verwaltung dies nutzen.

Die Verwaltung gibt Auskunft, dass aufgrund des Grundsatzbeschlusses zur **Vorlage Nr. 2017/032** mindestens 30 % sozial geförderter Wohnraum in Betracht gezogen wird. Allerdings bestehe von Seiten der Stadt in diesem Fall keine Möglichkeit, diesen Prozentsatz zu erhöhen, da man nicht Eigentümer vorgenannter Fläche ist und die Frank Heimbau Nord GmbH mit einem solchen Anteil an sozial gefördertem Wohnbau bereits den öffentlichen Belangen entgegenkommen würde.

Seitens des Umweltausschusses wird zudem angefragt, was im Sachverhalt zur Vorlage Nr. 2020/018 unter „Ziel und Zweck der Planungen“, am Ende des ersten Absatzes, mit dem Begriff „voraussichtlich“ gemeint sei.

Die Verwaltung führt aus, dass es sich hier lediglich um einen Aufstellungsbeschluss handle, welcher noch zu konkretisieren ist. Eine Änderung der weiteren Bestimmungen zum Maß der baulichen Nutzung kann demnach im Laufe des B-Plan-Verfahrens nicht ausgeschlossen werden.

Im weiteren Verlauf der Diskussion kommt der Umweltausschuss auf das bestehende Holzgebäude, welches ebenfalls der Frank Heimbau Nord GmbH gehört, zu sprechen. Dieses sei bislang als Bürogebäude genutzt worden. Eine Nutzung als Wohngebäude ist laut Verwaltung möglich, wenn nach der Sechzehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung - 16. BImSchV) entsprechende Schallschutzfenster eingebaut werden. Aufgrund der Nähe zu den Bahngleisen ist dies an diesem Standort nötig, um den notwendigen Schallschutz garantieren zu können. Weitere Aussagen zu vorgenanntem Holzgebäude werden nicht getroffen.

Der Vorsitzende verliest im Folgenden den Beschlussvorschlag und lässt über diesen abstimmen:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Der Beschluss wird somit gefasst.

10. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Pestizidfreie Kommune" - vgl. Beratung zu AN/033/2015

Der Antragsteller führt aus, dass spätestens im nächsten Jahr auf den Einsatz von Pestiziden auf kommunalen Flächen verzichtet werden soll. Zudem sollen den Bürgern giftfreie Maßnahmen beim Gärtnern aufgezeigt werden. Mit dieser Maßnahme wird versucht, dem Insektensterben entgegenzuwirken.

Weiterhin wird angemerkt, dass die mechanischen Verfahren zwar einen erhöhten Zeitaufwand bedeuten dürften, dies jedoch schon jetzt zu erkennen sein müsse, da keine Pestizide mehr vom Ahrensburger Bauhof eingesetzt werden.

Die Verwaltung gibt den Bericht dazu als **Anlage** zum Protokoll.

Einzelne Ausnahmen seien allerdings im Falle von Schädlingen wie dem Eichensplintkäfer oder dem Eichenprozessionsspinner nötig, da diese u. a. auch zu einer Gefährdung der menschlichen Gesundheit führen könnten.

Im Folgenden wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen wird somit zugestimmt.

11. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Umsetzung des FFH Managementplans"

Die Verwaltung weist darauf hin, dass der Managementplan in erster Linie eine verbindliche Handlungsleitlinie für Behörden und eine fachliche Information für die Planung von besonderen Vorhaben ist, welcher für die einzelnen Grundeigentümer*innen keine rechtliche Verpflichtung zur Umsetzung entfällt. Eine schriftliche Zustimmung der betroffenen Eigentümer*innen sei daher notwendig.

Die Verwaltung gibt einen Bericht zu dieser Thematik als **Anlage** zum Protokoll.

Zudem sei bei den einzelnen Maßnahmen zwischen notwendigen Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen und weitergehenden Entwicklungsmaßnahmen zu unterscheiden. Für letztere sind in vorliegendem Antrag einige Beispiele aufgelistet und werden nur auf freiwilliger Basis durchgeführt.

Der Naturschutzbeauftragte weist weiterhin darauf hin, dass der Managementplan sich derzeit in der zweiten Phase befinde, also der Aufstellungsphase. Diese FFH-Richtlinie umfasst alle Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung, die nach § 7 Abs. 1 Ziff. 6 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in die Liste nach Artikel 4 Absatz 2 Unterabsatz 3 der Richtlinie 92/43/EWG aufgenommen sind. Wann die dritte Phase, also die Überprüfung, was umgesetzt worden ist, beginne, sei jedoch unklar.

Ergänzend merkt der Naturschutzbeauftragte an, dass in Zukunft mit Strafzahlungen an die EU gerechnet werden kann, sollte die Überprüfung ergeben, dass zu wenige Maßnahmen umgesetzt wurden.

Über den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen wird nun wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Dem Antrag wird somit zugestimmt.

12. Anfragen, Anregungen, Hinweise

12.1. Vortrag zum Thema „Klimakatastrophen“ am 24.03.2020 um 19:30 Uhr im Peter-Rantzau-Haus

Ein Ausschussmitglied teilt mit, dass am 24.03.2020 um 19:30 Uhr von Extinction Rebellion ein Vortrag zum Thema „Klimakatastrophen“ im Peter-Rantzau-Haus stattfinden werde. Alle Ausschussmitglieder sind dazu eingeladen.

Ein Ausschussmitglied kritisiert, dass diese Mitteilung sehr spät komme, da an diesem Tag auch der Klimarat um 18:00 Uhr im Raum 103 des Ahrensburger Rathauses tagen würde.

Das einladende Ausschussmitglied sagt dazu aus, dass auch ein späteres Erscheinen, also nach Ende des Klimarates, kein Problem sei.

12.2. Abgeholzte Bäume am Ostring

Ein Ausschussmitglied teilt mit, dass nahe der Brückenverbindung für Fußgänger zwischen Starweg und Ahrensburger Redder viele abgeholzte Baumstämme am Straßenrand abgelegt worden sind und bittet um Klärung, wann diese entfernt werden.

Ebenso wurde nachgefragt, ob diese teilweise sehr großen Laubbäume überhaupt gefällt werden durften.

Die Verwaltung teilt daraufhin mit, dass zunächst in Erfahrung zu bringen ist, wem die betroffene Fläche gehöre, damit der/die Eigentümer*in entsprechend informiert werden kann. Diese/r wird dann entsprechend dazu aufgefordert, die Baumstämme zeitnah zu entfernen.

12.3. Wanderweg zwischen U-Bahn Ost und West

Ein Ausschussmitglied weist darauf hin, dass auf dem Wanderweg im Naturschutzgebiet Ahrensburger Stellmoor - Tunneltal nach etwa 200 m ein Hügel von Mountainbikern als Rampe umfunktioniert worden ist.

Die Verwaltung teilt mit, dass sie sich um diese Angelegenheit kümmert.

– Ende des öffentlichen Teils –

gez. Christian Schmidt
Vorsitzender

gez. Julia Brötzmann
Protokollführerin